

FDP

Die Liberalen

Rede des Fraktionsvorsitzenden Thomas Preisendanz zur Abstimmung über den Doppelhaushalt 20010/11 am 16.12.2009 im Gemeinderat

Verwaltung und Gemeinderat können auf ein Jahr erfolgreichen Entscheidens, Diskutierens und Arbeitens zurückblicken. Im Wesentlichen haben wir die Weichen richtig gestellt, soweit dies von Hall aus möglich war.

Es gehört zu den Ärgernissen- skandalösen Ärgernissen - unserer deutschen Politik, dass wir ein aus scheinbar Irrsinn geborenes Geflecht von Zuständigkeiten haben, das zu einer oft völligen Undurchsichtigkeit der Verantwortlichkeiten führt, das Verwaltungshandeln in Bürokratie umkippen lässt und das zu oft unkundigen oder weltfremden Beschlüssen von Entscheidungsträgern führt, deren Kenntnis der Probleme vor Ort offenbar beschränkt ist.

Wir Liberale vor Ort haben schon mehrfach darauf hingewiesen, wie wichtig für gute Entscheidungen es ist, dass das Konnexitätsprinzip, das Prinzip „wer bestellt, zahlt“, respektiert wird. Und dass dann, wenn der auftragende Gesetzgeber als Verursacher einer Leistung diese nicht selbst ausführt oder ausführen kann, er für den finanziellen Ausgleich der von ihm aufgetragenen Aufgaben sorgen muss.

Tatsache aber ist, dass Bund und Länder - nicht erst die zur Zeit regierenden Koalitionen, sondern auch schon ihre Vorgänger - den Kommunen immer mehr und immer weiter ausgedehnte Aufgaben zuweisen, die die Kommunen bis über die Grenzen des Tragbaren finanziell so stark belasten, dass damit faktisch die kommunale Selbstverwaltung unterbunden wird. Die Folge ist, dass bundesweit nach Jahren der Haushaltskonsolidierungen im kommunalen Bereich jetzt wieder das Verschuldungsgeschwür wuchert. Dank vorausschauender Stadtpolitik noch nicht in Schwäbisch Hall – man kann das heute gar nicht hoch genug einschätzen.

Das beste Beispiel für die angesprochene Kalamität ist die Kinderbetreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten. Nicht, dass irgendjemand in Rat und Verwaltung die Wichtigkeit dieser Aufgabe bestritte. Auch wir halten den Ausbau von Plätzen in diesen Einrichtungen für notwendig, müssen dann aber auch erwarten können, dass die notwendigen Finanzmittel zu uns fließen und das tun sie nicht. Im Gegenteil. Und die Konsequenz ist, dass in dieser Stadt die erheblichen, schmerzhaften, aber letztlich erfolgreichen Anstrengungen, zu einer Einsparung bei den Personalkosten zu kommen, jetzt an ein Ende gekommen sind. Die Personalkosten müssen wieder steigen, weil uns Bund und Land rechtmäßig zustehende Mittel vorenthalten, wenn rechtmäßig noch bedeuten darf, was das Grundgesetz eigentlich vorschreibt.

Wir müssen sparen. Ein kleines Sätzchen mit drei Worten sagt sich leicht. Deswegen und weil wir überzeugt von der Notwendigkeit der Bedeutung dieses Sätzchens sind, führen wir alle diese drei Worte ständig im Mund. Mag sein, dass es nicht ganz unrealistisch ist, in der Zukunft auf höhere Gewerbesteuererinnahmen zu hoffen, aber glauben wir wirklich ernsthaft daran?

Gerne ließen wir uns positiv überraschen, doch bleibt unumstößlicher Fakt, dass wir an den drei vom Herrn Oberbürgermeister genannten Faktoren Gewerbesteuer, Einkommensteuer,

Umsatzsteuer als Risiko für unseren Haushalt ständig denken müssen und dass kann einem die Arbeit als Gemeinderat schon verleiden.

Und wenn wir auch in der Vergangenheit durchaus schon Einsparungen und Wenigerausgaben beschlossen haben, so waren das nicht eigentlich Entscheidungen, die wirklich schmerzhaft gewesen wären. So wird es kaum bleiben können.

Bei den Personalkosten ist in der Vergangenheit Konsequenz bewiesen worden, ich sprach das als Beispiel schon an. Andererseits ist bei der Bildung sozusagen in umgekehrter Richtung Konsequenz bewiesen worden: hier wurde und wird nämlich nicht gespart, wir investieren sogar weiterhin kontinuierlich.

Ich finde es müsste der Öffentlichkeit schon einmal ganz deutlich gesagt werden, dass Schwäbisch Hall auf diesem Sektor absolut vorbildlich ist. In vielen Städten heißt es: Bildung – das ist auch unsere wichtigste Aufgabe. Aber leider bleiben diese Worte oft reine Lippenbekenntnisse. Anders in Hall. Hier ergeht man sich nicht in Wertpreisungen über die Bedeutung von Bildung im Allgemeinen und vergisst dann das Handeln im Speziellen. Seit Jahren baut Hall Jahr für Jahr seine Bildungsangebote aus. Die Stadt tut das im Kindergartenbereich, sie investiert in die Einrichtung von Ganztagesbetreuungsangeboten, nicht nur bei den weiterführenden Schulen, sondern auch bei den Grundschulen. Dass die Bürgerstiftung die Grund- und Hauptschulförderung zu einem ihrer drei Schwerpunkte gemacht hat, zeigt übrigens, wie hervorragend öffentlich-private Partnerschaft funktionieren kann und es ist sehr schön zu beobachten, wie sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger ganz persönlich unterstützend den Schulen anbieten, zum Beispiel als Lesepatzen, als Helfer bei Hausaufgaben, in der Aktion „Fachleute an Schulen“.

Unser heute zu verabschiedender Haushalt kürzt auch nicht nur nicht die laufenden Etatausgaben der Schulen, sondern berücksichtigt als einzige mir bekannte Gemeinde fair und großzügig, dass die Gymnasien in den nächsten beiden Schuljahren mit dem so genannten Doppeljahrgang der Oberstufe fertig werden müssen und weist deshalb großzügig zusätzliche Mittel für die Ausstattung mit Lernmitteln für die doppelt so vielen Oberstufenschüler im Haushalt aus, immerhin 45 000 Euro insgesamt. Dass man dafür von Schulseite nicht wie anderswo erfolglos quengeln und drängen und betteln musste, verdient Respekt und Dankbarkeit und zeigt einmal mehr die Bildungsfreundlichkeit unserer Stadt.

Investiert wird auch in die tertiäre Bildung, Wo, so frage ich mit Bürgerstolz, hat eine Gemeinde so erfolgreich, pragmatisch und zupackend eine weitere Fachhochschule in den Ort gebracht, unterstützt von vielen, insbesondere von der Wirtschaft, nicht nur der Stadt, sondern der Region. Und wo wird heute noch so konsequent und phantasievoll in zusätzliche Bildungsstätten für Volkshoch – und Musikschule investiert?

Vor diesem Hintergrund – und diesen Nachsatz kann sich die FDP jetzt nicht verkneifen – ist für uns absolut unverständlich, welcher Aufstand zelebriert wird, wenn eine städtische Bildungseinrichtung in ein anderes Quartier in bester Lage umziehen soll.

Rund 7,6 Millionen Euro geben wir aus für alle zusätzlichen, freiwilligen Zuschüsse an Kindergärten und Schulen, an Kultur, Vereine, Kirchen, Soziales, Sport, alles. Diese Zahl, 7,6 Millionen, steht bedrohlich wie ein schier unübersteigbarer Berg im Raum, weil wir wissen, dass um so ziemlich eben diesen Betrag unsere Einnahmen in den nächsten Jahren mindestens sinken werden, mindestens. Diesen Betrag wird keine Stiftung und kein Förderverein auffangen können und auch die Leistungsfähigkeit unserer Töchter und der Hospitalstiftung ist an die Grenze der Belastbarkeit angekommen.

Vor dem Hintergrund der Musikschuldiskussion wird mir schon ein wenig bang, wenn ich daran denke, wie wir diese strukturelle Diskrepanz von Ausgaben und Einnahmen aufheben wollen. Denn da hilft ja nicht einmal mehr ein Rasenmäher, da bräuchte man eigentlich eine Fräse.

Wenn wir nicht bitterste Auseinandersetzungen haben wollen, sollten wir rechtzeitig mit allen Empfängern von Freiwilligkeitsleistungen ins Gespräch kommen. Wir müssen Kultur, Vereine, Selbsthilfegruppen, Sport, alle mit ins Boot nehmen, wie es von diesen Gruppen ja auch immer wieder verlangt wird. Wer aber mit im Boot sitzt, trägt auch mit an der Verantwortung, solidarisiert sich mit der Stadt und ihren Entscheidungsträgern. Wir trauen das unseren ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern zu und freuen uns auf diese gemeinsame Problemlösungsarbeit.

Es kann durchaus sein, dass man, ist man einmal zusammen im Boot, erkennt, dass es mit Mitbewerbern um öffentliche Aufmerksamkeit Gemeinsamkeiten, Synergiechancen gibt, die nicht nur nützlich und effizient sind, sondern die Qualität noch weiter verbessern.

Im Bereich des Sports gibt es den Stadtverband, in dem viel koordiniert und harmonisiert werden kann – wer wollte auf ihn heute aus dem Sport heraus noch verzichten? Ein weiteres beispielgebendes Gremium ist das neue „Bündnis für Familie“, das zwar noch am Anfang steht, aber sehr viel versprechend angefangen hat und warum sollten solche Zusammenschlüsse nicht auch in der Kultur, im Sozialen, ja warum nicht auch wenigstens in gewissem Umfang bei den Stiftungen und Serviceclubs möglich sein; es gab ja schon gemeinsame Projekte, die sehr erfolgreich waren und nicht nur Effizienz und Finanzen bündelten, sondern auch das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkten.

Nicht nur, weil wir sparen müssen, sondern auch aus anderen Gründen folgen wir der Verwaltung, wenn sie in den Teilorten auf ehrenamtliche Ortsvorsteher umstellen will. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter. Wie die Mehrzahl der Gemeinden in Baden-Württemberg sollten wir über die unechte Teilortswahl nachdenken, weil sie zu undemokratisch verzerrten Ergebnissen bei der Mandatsgewinnung führt. Wir glauben an Teilorte, die ihren Charakter bewahren, die getragen sind vom Bürgerwillen, Gemeinschaft zu bewahren. Wir sind für Ortschaftsräte, aber die Zeit ist reif, dass Schwäbisch Hall auch politisch eine Gemeinde wird.

Wir haben heute den höchsten Bevölkerungsstand unserer Geschichte erreicht. Schön. Andererseits: 2008 wurde für Baden-Württemberg erstmals ein Bevölkerungsrückgang gemessen, da in diesem Jahr das Geburtendefizit nicht durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden konnte. Das ist bedenklich, zumal unsere Region von diesem Trend auch erfasst wird. Auch bei uns gilt: Der Anteil der Jüngeren sinkt ebenso kontinuierlich wie der Anteil der Älteren steigt.

Wir müssen deswegen – und da wiederhole ich unsere Forderung von vor zwei Jahren – etwas für Zuwanderungschancen tun. Nur so können wir auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region und unserer Stadt erhalten. Erhalten – von ausbauen spreche ich gar nicht einmal. Aktuelle Prognosen sagen voraus, dass ohne Zuwanderung die Bevölkerung bis zum Jahr 2032 um fast neun Prozent zurückgehen wird. Wie viel das ist? Denken wir uns die Bevölkerungen von Crailsheim, Öhringen und Bad Mergentheim weg, dann ahnen wir es. (zusammen ca. 77.000 Einwohner).

Deswegen ist die Politik der Entwicklung und Ausweisung von neuen Wohngebieten richtig und die Tatsache, dass alle neuen Wohngebiete der letzten Jahre erfolgreich besiedelt wurden, zeigt diese Richtigkeit. Und aus den gleichen Gründen ist es falsch, die stadtnah gelegene Auwiese nicht einmal erschließungsreif zu machen.

In meiner letzten Haushaltsrede endete ich mit den Worten: „Die besten Entscheidungen sind meist die, mit denen alle leben können, weil sie dann gemeinsam und in der Öffentlichkeit dadurch auch überzeugend vertreten werden können.

In diesem Sinne wage ich es, mich auf die nächsten zwei Jahre in diesem Rat zu freuen.“

Nun, insgesamt fand ich die letzten beiden Jahre immerhin annähernd erfreulich, ach was, ich finde in der Rückschau mehr erfreulich als unerfreulich.

Dazu trägt ganz sicher bei, dass es persönliche Beziehungen über die Fraktionsgrenzen hinweg mit Mitgliedern aus allen Fraktionen gibt. Schön ist und ein gutes Zeichen für dieses Gremium, dass es von Jahr zu Jahr mehr werden und nicht weniger.

In einem Rat wird beraten und zur Beratung gehört die Diskussion und eine Diskussion ist nun einmal strittig. Am Ende einer Diskussion steht dann eine abschließende Bewertung der verschiedenen Positionen und eine Entscheidung, entweder im Konsens oder nach dem Mehrheitsprinzip. Ganz im Sinne der Rede des Kollegen Vogt nach seiner Wahl zum stellvertretenden Oberbürgermeister, in der er seine Wahl als Ausdruck eines harmonischeren Miteinanders verstand, finde ich es angemessen und ehrlich Anerkennung auch einmal über die Fraktionsgrenzen hinweg auszusprechen. Wenn man das nicht absichtlich missverstehen will, trägt das vielleicht mit zu einem Geist der Gemeinsamkeit bei. Wir sind alle Stadträtinnen und Stadträte, nicht Parteivertreter und wir bemühen uns so gut wir können möglichst viel recht zu machen.

Dazu wünsche ich uns und der Verwaltung in den nächsten beiden Haushaltsjahren alles Gute im Sinne meines Wahlspruches: *fortes fortuna iuvat*: Das Glück ist mit den Entschiedenen.